



Bund muss endlich Verantwortung für die Geschäftspolitik der DB AG übernehmen

Pressemitteilung von Sabine Leidig, 06. Dezember 2012

„Die Fahrpreiserhöhung ist eine Ohrfeige für alle, die umweltbewusst und vernünftig reisen wollen und für alle, die auf die Bahn angewiesen sind“, kritisiert Sabine Leidig, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, die Fahrpreiserhöhung um 2,8 Prozent zum Fahrplanwechsel am kommenden Sonntag. Damit wurden die Preise im Nah- und Fernverkehr der DB seit 2003 um rund 35 Prozent erhöht. Die Inflation betrug im gleichen Zeitraum weniger als 18 Prozent. Leidig weiter:

„Dazu kommen noch die versteckten Preissteigerungen: So wurde die BahnCard 50 als Mobilitätskarte für Vielfahrende seit 2003 um 80 Prozent teurer und kostet inzwischen 249 Euro; außerdem wurden zahlreiche Sparmöglichkeiten, wie der Mitfahrerrabatt, gestrichen. Das Fernverkehrsangebot der Bahn ist über die Jahre nicht besser, sondern schlechter geworden: An 368

Bahnhöfen, die abseits der Hauptstrecken liegen, wurde die Zahl der Fernverkehrsabfahrten seit 1999 knapp halbiert, von 38.027 auf 20.506. Ganze Regionen werden vom Fernverkehr auf der Schiene regelrecht abgehängt. Auch mit dem Fahrplanwechsel am Sonntag werden erneut Verbindungen gestrichen. Diesmal fällt ein Großteil der Autoreisezüge, die beliebte Ferienzüge waren, weg. Das ist ein Skandal, weil damit eine umweltschonende und lärmarme Reisealternative zum Flugzeug vernichtet wird. Die Rekordgewinne 2012 sind auch ein Beispiel für den schlimmen Marktdogmatismus der Verantwortlichen. Der Löwenanteil der Einnahmen der DB AG kommt aus öffentlichen Kassen – also aus Steuermitteln, aber der Konzern führt sich auf, wie ein beliebiges kapitalistisches Unternehmen am Markt, den es auf der Schiene aber gar nicht geben kann. Wir verlangen, dass der Eigentümer Bund endlich vernünftige Unternehmensziele durchsetzt: Die DB muss als Flächen- und Bürgerbahn ausgerichtet werden. Sie braucht ein einheitliches und nachvollziehbares Preissystem, bei dem die Tickets auch für Menschen mit geringerem Einkommen erschwinglich sind.“